

Firmen Arbeiter für Stunden oder Tage an Betriebe regelrecht verleihen!) sowie befristete Arbeitsverträge auf einige Wochen, Monate, bis ein, zwei Jahre und ähnliches mehr.

Die von solchen Beschäftigungsverhältnissen Betroffenen werden nicht nur geringer entlohnt als Festbeschäftigte, auch die sozialen Leistungen sind für sie stark reduziert. Sie genießen beispielsweise keinen Kündigungsschutz und haben praktisch auch keine Möglichkeit, ihre gewerkschaftlichen Rechte auszuüben.

- Lockerung des Kündigungsschutzes, mit der die Unternehmer die Abfindung bei Massenentlassungen drastisch beschneiden und die Möglichkeit vergrößern wollen, die Zahl ihrer „zu teuren“ Festangestellten durch billigere Teilzeit- und zeitweilige Beschäftigte zu ersetzen.

- Flexibilisierung der Tarifverträge, mit denen künftig auf Industriezweigebene nur noch Rahmenbedingungen gesetzt werden sollen, die dann durch Betriebs- und individuelle Verträge präzisiert werden. Damit ist unter anderem vorgesehen, die einheitliche Interessenvertretung durch die Gewerkschaften sowie die Solidarität der Werkstätigen während der Tarifverhandlungen entscheidend zu schwächen.

Die Unternehmerwillkür wurde gesetzlich legalisiert

Dieses Gesetz beinhaltet eine Aushöhlung des Kündigungsschutzes durch radikale Beschneidung der von den Gewerkschaften erkämpften Überbrückungshilfen und Umschulungssummen bei Massenentlassungen. Außerdem wurden befristete Verträge und die berühmte Leiharbeit, für die es weder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall noch Alterssicherung gibt, erstmals für die BRD gesetzlich fixiert und damit für die Monopolbourgeoisie breit anwendbar gemacht.

Einer Studie des DGB zufolge sind gegenwärtig in der BRD fast

Diese Flexibilisierung der Arbeitszeit, der Beschäftigungsverhältnisse und Beschäftigungsbedingungen ermöglicht den Unternehmern sowohl eine rigorosere Intensivierung und Perfektionierung der Ausbeutung als auch eine Reduzierung der Belegschaften auf ein Minimum. Außerdem zielt sie darauf ab, die Arbeiterklasse in verschiedene, gegeneinander konkurrierende Gruppen aufzusplitteln. Mit Hilfe dieser Flexibilisierungskonzepte, die - schaut man hinter die aufpolierte Fassade - in Wahrheit Profite und Machtkonzeptionen sind, sollen die Arbeitskräfte nicht nur „billiger“, sondern auch „williger“ gemacht werden, wobei die Arbeitslosigkeit von Millionen Menschen zusätzlich als Druckmittel wirkt.

Sozialreaktionäre Konzepte werden heute in allen entwickelten kapitalistischen Ländern angewendet. In der BRD fanden sie ihre Umsetzung in die Praxis bisher in der 1984 vollzogenen Neuregulierung der Jugendschutz- und Frauenarbeitsschutzgesetze, die diese Rechte stark einschränken, sowie vor allem im sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz (der DGB-Vorsitzende Breit nannte es „Entlassungsförderungsgesetz“!), das am 1. Mai 1985 in Kraft trat.

vier Millionen Menschen nur noch teilzeitbeschäftigt. Knapp zwei Millionen Menschen haben nur noch eine befristete Arbeit (etwa 50 Prozent aller Neueinstellungen), und die Leiharbeit hat innerhalb eines Jahres um 51,7 Prozent zugenommen.

Eine besondere Bedeutung messen Monopolbourgeoisie und konservative Politiker der sogenannten Individualisierung bei, die - und darum geht es letztlich den Herrschenden - die Klassensolidarität untergräbt. Dabei wird mit einem raffinierten System und Instrumentarium sozialer Demagogie gearbeitet. So knüp-

fen Unternehmer und Staat bewußt mit Schlagworten wie Zeitsouveränität, selbstbestimmte Arbeitszeit, mehr Entscheidungs-freiheit usw. an real existierende Bedürfnisse nach selbständiger und verantwortungsvoller Gestaltung der Arbeitsbedingungen, nach mehr persönlicher Freiheit an.

Daß es hierbei beileibe nicht um „mehr Freiheit“ für die Arbeiter geht, beweisen die Tatsachen in der Welt des Kapitals, in der Massen- bzw. Dauerarbeitslosigkeit, Existenzangst, Sozialhilfe, Arbeitsamt für Millionen Menschen tägliche, erschütternde und alarmierende Realität sind.

„Friede beginnt mit der Achtung der unbedingten und absoluten Würde des einzelnen Menschen in allen Bereichen seines Lebens.“ Mit dieser Floskel meinte Bundeskanzler Kohl, der Regierungschef des deutschen Staates, in dem die Monopole das Sagen haben, den Kommunisten Erich Honecker bei dessen Besuch in Bonn belehren zu müssen.

Ist dieser Zynismus noch zu über-bieten, angesichts dessen, was sich im Ruhrgebiet abspielt? Angesichts dessen, daß elementarste Menschenrechte überall zwischen Hamburg und München mit Füßen getreten, daß Zehntausende in ständiger Angst leben, morgen ihren Arbeitsplatz zu verlieren, daß Tausende mit Berufs- verbot belegt sind! Angesichts dessen, daß der Profit über alles geht, zuallererst über die Würde der werktätigen Menschen!

Über vier Millionen sind in der BRD von Arbeitslosigkeit betroffen, über 31 Millionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Welche Menschenschicksale verbergen sich hinter diesen Zahlen; Schicksale, die verdeutlichen, wie es um die Verwirklichung der Menschenrechte in der Realität des Kapitalismus aussieht.

Dr. Ilse Blume
Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft der DDR